Z 9597 B

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 915 20-12

Inhalt

Renate Schmidt MdB zum 125. Geburtstag von Kurt Eisner, Gründer des Freistaates Bayern: Ein Rufer nach direkter Demokratie.
Seite 1

Gerda-Maria Haas MdL zur Notwendigkeit, den Mißbrauch des Femmeldegeheimnisses zu beenden: Telekom-Geschäfte mit Kinder-Porno-Angeboten.
Seite 3

47. Jahrgang / 90 12. Mai 1992

Ein Rufer nach direkter Demokratie

Zum 125. Geburtstag von Kurt Eisner, Gründer des Freistaates Bayern

Von Renate Schmidt MdB
Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Bayern
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

"Stört uns durch euer preußisches Geschrei nicht die politische Situation im Süden!"

Wer war dieser kleine, körperlich schmächtige, aber sprachgewaltige Mann, der da im Vorfeld des Nürnberger Parteitags von 1908 seinen preußischen Genossen die Warnung entgegenschleuderte, mit ihren Parolen von Klassenkampf und proletarischer Revolution die sozialdemokratische Stimmung in Bayern nicht zu trüben? Wer war Kurt Eisner, der zehn Jahre danach fast im Alleingang mit der kleinen USDP und ohne die zögerliche Mehrheitssozialdemokratie seines Antipoden Erhard Auer die Wittelsbacher Monarchie stürzte, und in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 den "Freistaat Bayern" proklamierte, sein erster Ministerpräsident wurde und nur 15 Wochen später, am 21. Februar 1919, einem Mordanschlag des rechten Anton Graf von Arco auf Valley zum Opfer fiel?

Kurt Eisner war kein bayerischer Sozialdemokrat der ersten Stunde, er war noch nicht einmal Bayer. Der in Berlin 1867 geborene Sohn bürgerlicher Eltern schrieb sich nach Beendigung der Schule für das Studium der Philosophie und deutschen Philologie ein, das er 1890 ohne Abschluß beendete. In den folgenden Jahren war er journalistisch tätig, bis ihn Wilhelm Liebknecht 1897 zum "VORWÄRTS" holte - aufmerksam geworden durch einen Prozeß wegen Majestätsbeleidigung, der Eisner eine neunmonatige Haftstrafe in Berlin-Plötzensee eintrug.

Beim "VORWÄRTS" machte Eisner Karriere als politischer Redakteur, zog sich aber wegen seiner 'revisionistischen' Ansichten schon bald die Gegnerschaft der eher klassenkämpferisch eingestellten Kollegen und der Parteiführung zu. Der Ortswechsel von der marxistisch-preußischen Sozialdemokratie zur reformistisch-bayerischen Georg von Vollmars lag nahe. 1907 wurde Kurt Eisner Redakteur bei der (sozialdemokratischen) "FRÄNKISCHEN TAGESPOST" in Nürnberg. Er ergriff die Partei Georg von Vollmars, die er in seinen theoretischen Äußerungen bereits ein Jahrzehnt vorher vertreten hatte. Vollmar führte

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

die bayerische Sozialdemokratie schon seit den Anfängen des Landesverbandes 1892 auf einem Kurs, der die SPD als Volks-, nicht als Klassenpartei bestimmte und der auf Parlamentarisierung, nicht auf Revolution abzielte.

Zum Revolutionär wurde Eisner während des Ersten Weltkrieges. Aus der angestellten Zeitungs- und der Parteiarbeit hatte er sich schon 1909 weitgehend zurückgezogen. Als freiberuflicher Journalist, der freilich fast ausschließlich in sozialdemokratischen Blättern gedruckt wurde, ließ er sich vom nationalen Pathos, das auch die SPD im Ersten Weltkrieg ergriffen hatte, nicht lange anstecken. Er wurde zum entschiedenen Kriegsgegner, was ihn von den Bayerischen Genossen entfernte und ihm zunehmend auch die Publikationsmöglichkeiten nahm.

Erbittert über den gouvernementalen Kurs seiner bayerischen Genossen wurde Kurt Eisner zum spiritus rector der Parteispaltung und zum intellektuell führenden Kopf der 1917 gegründeten Münchner "Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (USDP). Der Schriftsteller Oskar Maria Graf, der dem Kreis selbst angehörte, beschreibt die politische Umgebung Kurt Eisners: "Vier oder fünf ganz getreue, rundherum etliche oppositionelle SPD-Proleten, USP-ler, Intellektuelle und vor allem kriegsmüde Proletarierinnen, Frauen mit ausgelaugten Gesichtern, zerarbeiteten Händen und entschlossenen Augen...(dazu)...Syndikalisten und Anarchisten, merkwürdige Menschen mit anthroposophischen Ideen und pazifistische Dichter."

Das waren die Leute, die im Januar 1918 die Streiks gegen den Krieg initiierten und im Gang hielten, ohne Organisation, ohne finanzielle Mittel, ohne parlamentarische Vertretung, ohne Publikationsorgane - und fast ohne Mitglieder: Anfang Januar 1918 zählte die Münchner USPD 600 Mitglieder, am Ende etwa 400. Ihr Erfolg im November ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der verbreiteten Kriegsmüdigkeit, der alle Schichten und Klassen umfassenden Staats- und Gesellschaftskrise am Ende des Ersten Weltkrieges.

Die bayerische Sozialdemokratie distanzierte sich von Eisner. Der Vollmar-Nachfolger Erhard Auer wurde sein erbitterter persönlicher Gegner - und er unterschätzte den Führer der "Splittergruppe". Der begnadete Redner Kurt Eisner brachte durch unermüdlichen persönlichen Einsatz die Mehrheit der Arbeiter hinter sich. Die "Gefahr" schien gebannt, als Eisner Ende Januar 1918 verhaftet und bis Oktober festgesetzt wurde.

Der monarchistische Staat überlebte die Entlassung Eisners aus der Haft um keinen Monat. In einer Großdemonstration auf der Münchner Theresienwiese - derselben, auf der das "Oktoberfest" stattfindet - brachte er am 7. November 1918, von niemandem erwartet, ausgerechnet die anwesenden Soldaten hinter sich, stürmte mit ihnen die Kasernen - und die Wittelsbacher Herrschaft dankte ohne weitere Gegenmaßnahmen ab, das alte System kapitulierte kampflos. Der nie offiziell gewählte Führer einer Partei von etwa 400 Mitgliedern wurde im Provisorischen Nationalrat am 8. November 1918 per Akklamation des neuen Freistaats zum Ministerpräsidenten erhoben.

In der Stunde seines Triumphes erwies sich der "Revolutionär" Eisner als Pragmatiker und suchte den Kompromiß mit der Mehrheitssozialdemokratie. Im Unterschied zu ihr wollte er jedoch nicht den Übergang zur parlamentarischen Demokratie, sondern ein System mit einer starken basisdemokratischen Komponente, den Räten.

Der praktische Versuch, repräsentative und direktdemokratische Elemente zu vereinen, konnte nicht mehr unternommen werden. Am 12. Januar 1919 erzielte die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten gerade noch 2,5 Prozent der Stimmen und drei Landtagssitze, die MSP 33 Prozent und 61 Mandate; Sieger wurde die bürgerliche Opposition mit 55 Prozent der Stimmen und 100 von 180 Sitzen.

Kurt Eisner kam nicht mehr dazu, als Ministerpräsident daraufhin zurückzutreten. Auf dem Weg zum Landtag wurde er am 21. Februar 1919 unmittelbar vor der ersten Sitzung des neuen Parlaments ermordet. Die Sitzung wurde anschließend gewaltsam gesprengt. Auch Eisners sozialdemokratischer Widersacher Auer wurde niedergeschossen und schwer verletzt. Am Ende der Unruhen stand der Sieg der antirepublikanischen Kräfte. Bayern wurde zur Bastion der Feinde Weimars, zur geographischen und ideologischen Heimat des Hitlerputsches 1923 und der nachfolgenden gerichtlichen und justizpolitischen Bemäntelung.

Kurt Eisner wurde 52 Jahre alt; mit 31 trat er in die SPD ein, einundzwanzig Jahre später ermordete ihn ein rechtsextremer Desperado. Dazwischen wandelte er sich vom bürgerlich geprägten sozialdemokratischen Reformisten zum pazifistisch orientierten Revolutionär. An einer eigenen Partei lag Kurt Eisner nach eigenem Bekunden wenig. Auch nach der Spaltung suchte er den Weg zurück zur einheitlichen Sozialdemokratie, freilich nicht unter den staatspolitischen Prämissen der bayerischen Mehrheits-SPD.

Hypothetische Fragen an die Geschichte sind politisch ebenso müßig wie die nach Lehren aus ihr. Dennoch verdienen es die politischen Ideen des Freistaats-Gründers Kurt Eisner, nicht in Vergessenheit zu geraten. Es ist kein historischer Zufall, daß in der gegenwärtigen Stimmung der "Partei-" und "Politikverdrossenheit" erneut der Ruf nach mehr direkter Demokratie laut wird.

(-/12. Mai 1992/rs/ks)

****

Telekom-Geschäfte mit Kinder-Porno-Angeboten

Zur Notwendigkeit, den Mißbrauch des Fernmeldegeheimnisses zu beenden

Von Gerda-Maria Haas MdL

Das rechtliche Instrumentarium zur Verhinderung von Kinderporno-Angeboten im Bildschirmtext der staatlichen Telekom ist nicht ausreichend. Obwohl der auf Grund meiner Parlamentsinitiative vom 6. Dezember 1990 geänderte bayerische BTX-Staatsvertrag die Unzulässigkeit von Angeboten vorsieht, "die pornographisch oder offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden", können sich BTX-Nutzer problemlos einschlägige Kontaktadressen auf den Bildschirm rufen.

Nach einer Recherche des "Nordbayerischen Kuriers" (Bayreuth) werden beispielsweise unter dem Stichwort "Lolitas, junge Kontakte" Mädchen mit folgenden Beschreibungen vorgestellt: "Schüchtern ... unerfahren, natürlich ... knabenhaft ... zerbrechlich ... bildhübsch". Im "Impressum" ist dann der Firmenname samt Anschrift zu finden. Manche Porno-Geschäftemacher belegen fünf und mehr Seiten. Die Telekom kassiert 4.200 Mark Jahresgebühr pro Seite.

Das kommt mir so vor, als ob der Staat Bordelle zur Verfügung stellen würde, in denen Kinder zur Prostitution gezwungen werden. Ich spreche der Bayerischen Staatsregierung zwar nicht den guten Willen ab, diese ekelhafte Geschäftemacherei zu unterbinden. Die Antwort von Innenstaatssekretär Beckstein auf meine Fragen nach der Kontrolle verstärkt jedoch den Eindruck, daß hier nicht hart genug durchgegriffen wird. So meinte Beckstein, daß die Regierungen als die Aufsichtsbehörden zwar das Schlagwortverzeichnis abrufen und überprüfen, ob Verstöße gegen den BTX-Vertrag vorliegen, individuelle BTX-Nutzungen aber unter den Schutz des Fernmeldegeheimnisses fallen und daher nicht allgemein überprüft werden können.

Diese Einschränkung ist unbegreiflich: Es kann doch wohl nicht angehen, daß unter dem Fernmeldegeheimnis strafrechtlich relevante Dinge geschützt und mit Hilfe einer öffentlichen Einrichtung kommerzialisiert werden können. Sie plädiert daher dafür, daß sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene umgehend die offensichtlich vorhandenen Schlupflöcher verstopft werden, durch die sich die Porno-Anbieter auf die Bildschirme mogeln.

Staatssekretär Beckstein hatte in seiner Antwort auf meine Anfrage festgestellt, daß eine "lückenlose Kontrolle nicht möglich ist". Er könne aber in Bayern keine "Handlungsdefizite erkennen". Dennoch werde sich das Innenministerium zum Juni 1992 von den Regierungen "erneut berichten lassen, um hier entsprechend Druck ausüben zu können". Gleichzeitig appellierte der Staatssekretär an die Bevölkerung, die Regierungen oder das Ministerium über Mißbrauchsfälle zu informieren. Er sicherte zu, über die Ergebnisse der neuerlichen Überprüfung zu informieren.

Es ist auch erforderlich, daß in den Reihen der Justiz Sensibilität für diese skandalösen Machenschaften geweckt wird. Mit Entsetzen habe ich gelesen, daß Oberstaatsanwalt Greelfeld von der "Zentralstelle zur Bekämpfung jugendgefährdender Schriften" in München - auf den "Lolita-Kontakt" angesprochen - erklärte, diese Offerte sei "nicht eindeutig kinderpornographisch" ("Nordbayerischer Kurier" vom 7. Mai 1992). Wenn solche Maßstäbe angelegt werden, brauchen die Kinderporno-Händler und leider auch die Telekom nicht befürchten, daß die Geldquelle versiegt.

Rücksichten, aus welchem Grund auch immer, darf es hier nicht geben, denn sexuelle Gewalt gegen Kinder ist eines der schlimmsten Verbrechen. Hier werden wehrlose Geschöpfe - oft schon als Säugling - körperlich und seelisch mißbraucht und für ihr ganzes Leben beeinträchtigt. Lückenlose Gesetzgebung und schärfste Ahndung sind dringend gefordert.

(-/12. Mai 1992/rs/ks)

****